

Jamal Malik (Hrsg.)

Mobilisierung von Religion in Europa

PETER LANG Internationaler Verlag der Wissenschaften

JAMAL MALIK

Einleitung

Religion hat Konjunktur, insbesondere nach den Ereignissen des 11. Septembers 2001, ob in Politik, Wissenschaft oder Theologie. Denn seitdem die in den Geistes- und Kulturwissenschaften populäre Annahme vom Verfall der Religion bis zum Ende des 20. Jahrhunderts und der zunehmenden Säkularisierung von Gesellschaften im Zuge der Modernisierung durch theoretische (vgl. Berger 1999, Eisenstadt 2000) und empirische Arbeiten als widerlegt gilt, stellt sich die Frage, was das für die globale Entwicklung bedeutet. Mit Blick auf Europa galt lange Zeit, dass die Säkularisierung ein typisches *master narrative* sei. Demgegenüber hat die komplizierte Religionsgeschichte Europas – von der Antike bis in die jüngste Vergangenheit – eine vielfach geschichteten Präsenz religiöser Zeichen und Institutionen in der Gegenwart entstehen lassen, die in Vergangenheit und Gegenwart zu verschiedensten Formen religiöser und politischer "Revitalisierung" führten und führen.

Wo Säkularisierung erwartet wurde, sind seit den 70er Jahren sogar Entsäkularisierungsbestrebungen zu beobachten, die sich nun nicht mehr an säkularen Wertvorstellungen orientieren, sondern eine neue sakrale Grundierung der Gesellschaft anstreben. Diese neue gesellschaftliche und politische Orientierungsfunktion von Religion findet sich in allen monotheistischen Religionen - in islamischen Ländern, in den USA, und auch in Europa. Sie ist allerdings nicht einfach Ausdruck eines antimodernen Affekts: „Es sind die eigenen Kinder dieser modernen, säkularisierten Gesellschaft, die deren Grundlagen radikal in Frage stellen“ (Kepel 2001, 272), ohne zwingend wissenschafts- oder technikfeindlich eingestellt zu sein.

Tatsächlich hatte sich Religiosität nur zu einem Teil aus den etablierten Strukturen fortbewegt und in alternativen Ausdrucksformen eine neues Zuhause gefunden. *Believing without belonging* - Glaube ohne Zugehörigkeit – nennt dies die britische Religionssoziologin Grace Davie (1994). *Believing without belonging* heißt nun aber gerade nicht, dass Religion sich in den hintersten Winkel privater Lebensformen zurückzieht, sondern dass sie im Gegenteil einen zunehmend sichtbaren Platz im öffentlichen Raum einnimmt, in dem sie als Faktor ziviler Gesellschaft verschiedene Gruppeninteressen artikuliert. So seien die Kirchen laut Davie in Europa heutzutage als Akteure in der Zivilgesellschaft zu freiwilligen Vereinigungen geworden und könnten dabei auf Zustimmung hoffen und Unterstützung mobilisieren. Dabei sei die aktive Teilnahme ihrer Sympathisanten am kirchlichen Leben ihrer Gemeinde gar nicht notwendig: *vicarious religion*, „Stellvertreterreligion“ also (Davie 2006). Religion könne sich demnach in verschiedenen auch kirchlich nicht-institutionell gebundenen Formen artikulieren. Gewissermaßen in segmentierter Form oder als Residuum tief

im kulturellen Gedächtnis eines Kollektivs verankert könne Religion auch in den öffentlichen Raum treten. Diese Position war vergleichbar mit jener von José Casanova: War das *master narrative* der Privatisierung von Religion für Religionssoziologen bis dahin richtungsweisend, so kehrte Casanova die Blickrichtung um: Die scheinbar privatisierten Religionen gaben sich keineswegs mit der ihnen zugedachten Sphäre des Privaten zufrieden. Ganz im Gegenteil, Religionen boten den notwendigen Raum, individuell und nichtöffentlich gemachte aber von anderen geteilte Erfahrungen und Forderungen, kollektiv und öffentlich, sprich zivilgesellschaftlich zu artikulieren (Casanova 1994). Diese „Entprivatisierung“ von Religiosität scheint grundlegend für die zivilgesellschaftliche Konstitution von Religionen heute zu sein, und sie kann teilweise Entkirchlichung kompensieren – *vicarious religion* eben.¹ Da mit dieser zivilgesellschaftlichen Sozialform von Religion eine neuartige öffentliche Präsenz verbunden ist, die sich von der herkömmlichen Staatsreligion prinzipiell unterscheidet, ist es auch problematisch, von einer „Rückkehr der Religion“ (im Sinne amtskirchlicher Aktivitäten) oder einer „Rückkehr der Götter“ zu sprechen. Vielmehr sollte die veränderte Rolle einer wiederkehrenden Religiosität in den Blick genommen werden. Auf diese Weise führt religiöser Glaube auch wieder auf institutionelle Gestalten und auf die Zugehörigkeit zu Glaubensgemeinschaften zurück.

Was das in der Praxis bedeutet, erleben wir dieser Tage etwa an den Auseinandersetzungen um den Bau neuer Moscheen in Deutschland, die von großer medialer Aufmerksamkeit begleitet werden. Das gilt in geringerem Masse auch für Gotteshäuser anderer Denominationen; denken wir nur an die Synagogenneubauten in München und Duisburg, oder auch an Bauten der orthodoxen Kirche. In einer kleinen sauerländischen Stadt wie Lüdenscheid mit knapp 80.000 Einwohnern finden wir heute mit Agios Nektarios eine repräsentative orthodoxe Kirche neben mehreren islamischen Kulturzentren, einem alevitischen Gemeindezentrum und einer Baptistischen Kirche. Soviel Religion im öffentlichen Raum gab es offenbar in der Moderne noch nie!

Die Bedeutungszunahme von Religion lässt sich also mit statistischen Mitteln darstellen. Jedoch ist eine interpretative Herangehensweise erforderlich, um zu verstehen, warum und mit welchen Folgen, Religion als Bezugssystem in Gesellschaft und Politik wirkt oder gefordert wird. Hilfreich ist, Religion als kulturelle Ressource zu verstehen – eine Ressource die mit großer Flexibilität genutzt werden kann und deren Einsatz häufig den eigentlich religiösen Kulturbereich überschreitet. In dieser Perspektive "haben" die gesellschaftlichen Akteure nicht einfach eine Religion, sondern "(be)nutzen" sie als Deutungsrahmen. Religion kann damit in „modernen“ Prozessen wie im Zuge der Europäischen Einigung ganz unterschiedliche Orientierungsfunktionen erbringen.

1 In der islamischen Welt ist die zivilgesellschaftliche Rolle von Religion besonders sichtbar; vgl. etwa Salvatore/Eickelmann 2004; Esposito/Burgat 2003.

Mit der gesellschaftlichen und politischen Orientierungsfunktion von Religion geht nämlich ein ganzer Komplex an Herausforderungen einher, denen sich ein zusammenwachsendes Europa gegenübersteht. Dazu zählt etwa der Umstand, dass sich konfessionelle Zugehörigkeiten häufig mit ethno-nationalistischen überschneiden. Deshalb kann Religion ein Katalysator für Konflikt sein, aber eben auch ein Katalysator für Verständigung. So kann man die ambivalente Rolle der Kirche etwa sehr gut auf Zypern studieren, wo bei zwei rivalisierenden Bevölkerungsgruppen die Religionszugehörigkeit mit nationaler Identität konform geht. Das Wirken religiöser Institutionen kommt aber nicht nur gegenüber anderen Konfessionen zum tragen, sondern wirkt in Form von Binnenmissionierung auch innerhalb der eigenen Gemeinschaft. Dieses Phänomen manifestiert sich in so verschiedenen Sujets wie der Liturgie und dem Zwecksonntag, aber auch im Ringen um eine islamische Fachdidaktik an europäischen Schulen.

All diese Bewegungen werden als Formen religiöser Mobilisierung betrachtet. Dabei wird Religion als ein Deutungsrahmen verstanden, der ganz unterschiedliche Orientierungsleistungen zu erbringen in der Lage ist. Mobilisierung beinhaltet u.a. die Legitimation individuellen Handelns in Grenzsituationen, aber auch die Fähigkeit, unterschiedlichsten Gruppierungen zu ermöglichen, sich in integrativer oder abgrenzender Weise zu definieren.

Die europäischen Gesellschaften sind daher gegenwärtig mit einer Mobilisierung von Religion konfrontiert, die Institutionen und Regelmechanismen des Staates vor gewichtige Herausforderungen stellt. Folgende Problemfelder lassen sich benennen, die aus politischer und administrativer Sicht neue Konzepte zum Umgang mit Religion erfordern:

- i. Ein herausragender Gesichtspunkt der gegenwärtigen Debatten ist die Rolle der Religion bei der Integration neu eingewanderter Minderheiten in Europa. Dies gilt in erster Linie für den Islam. Der Islam wird häufig als Integrationshindernis auf dem Weg der Einwanderer begriffen, in den Staaten Europas Bürger zu werden, die Freiheit und Demokratie im Sinne der europäischen politischen Ordnungen unterstützen. Eine Debatte, die diese Frage aufgreift, wird nicht nur in Deutschland, sondern mit nicht minderer Intensität in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden geführt. Zugleich gibt es ein zunehmend klareres Bewusstsein, dass die Inkorporation der neuen muslimischen Gruppen – insbesondere auch die Schaffung institutionalisierter Ansprechpartner – erreicht werden muss, wenn Integration gelingen soll.
- ii. Die gewünschte institutionelle Verstetigung der muslimischen Glaubensgemeinschaften und eine damit verbundene Aufgabenzuweisung trifft auf einen breit angelegten Diskurs über die religiöse Identität Europas. Ein Ausgangspunkt dieses Diskurses war die Formulierung der Präambel des europäischen Verfassungsvertrages. Doch die Bedeutung des religiösen

Diskurses geht über die Formulierung des Verfassungstextes hinaus. Im innereuropäischen Dialog über die religiöse Identität Europas kam zum einen ein wiedererwachtes Selbstbewusstsein der christlichen Kirchen zum Ausdruck und ihr Wille, auch in Zukunft Politik in Europa zu gestalten. Zum anderen entwickelte sich eine Auseinandersetzung um Inklusion und Exklusion, in welcher die Grenzen Europas durch religiöse Bezugnahmen definiert werden.

- iii. Wenn im öffentlichen Raum religiöse Bezugnahmen wieder verstärkt auftreten, stellt sich die Frage, wie Kommunikation über religiöse und religiös legitimierte Grenzen von Glaubenssystemen hinweg gelingen kann. Unentschieden ist dabei, ob der Verzicht auf religiöse Bezugnahmen und eine von Religion bereinigte öffentliche Sphäre dem Zusammenleben am zuträglichsten ist, oder ob nicht erst ein aktives Einbringen religiöser Argumentationen das gegenseitige Verständnis befördert. Für ersteres scheint das französische Beispiel kaum Plausibilität entwickeln, für letzteres sprechen hingegen die verschiedenen Formen von religiösem Kapital, welches religiöse Vergemeinschaftungsformen auch für Integrationszwecke mobilisieren können.
- iv. Die Konfrontation der westlichen Gesellschaften mit religiös motivierter politischer Gewalt zeigt, dass interreligiöse Verständigung häufig scheitert. Es stellt sich die Frage, wie die Herausforderung durch religiös begründete terroristische Gewalt verstanden werden kann und welche Aspekte des Konflikts tatsächlich religiöser Natur sind. Hinzu kommt, dass in Europa religiöse Gewalt nicht nur als eine Bedrohung wahrgenommen wird, die von außen kommt. Nicht nur außereuropäische, radikale, religiös argumentierende Gruppen erkennen in den europäischen Gesellschaften und ihrer Politik ihren Gegner; manche religiös argumentierende Gewalttäter (etwa der Mörder Theo van Gogh oder die Attentäter von London) sind Bürger europäischer Staaten. Warum also hat eine erfolgreich scheinende Integration die aktive Parteinahme für terroristische Gruppen nicht verhindert oder lässt sich eine Entwicklung bei religiösen Minderheiten erkennen, die bisherige Integrationserfolge gefährdet?

Die Institutionalisierung des Islams, die mit der Wiederbelebung christlich-religiöser Bezugnahmen verbundene Frage nach den Grenzen Europas und religiös begründete Gewalt haben eine breite Debatte in der Publizistik ausgelöst. Ganz offensichtlich gibt es großen Bedarf, Klarheit über die Genese der gegenwärtigen Herausforderungen zu erlangen. Politik und Gesellschaft haben einen erheblichen Bedarf an Beratung. Wie also kann die gegenwärtige Situation verstanden werden und welche Strategien sind sinnvoll, der religiösen „Mobilisierung“ in Europa so zu begegnen, dass sie in sozialverträgliche Bahnen geleitet werden kann?